

**Arbeitstagung
der CSU-Landtagsfraktion
am 18. Januar 2022
im Bayerischen Landtag in München**



„Blockabfertigungen in Tirol beenden“

Es ist an der Zeit, dass Tirol die derzeitige Blockabfertigung beendet. Die aufgrund der Blockabfertigung für die Bevölkerung, aber vor allem für LKW-Fahrerinnen und -Fahrer, schwierigen Zustände auf den Autobahnen 8 und 93 in den vergangenen Monaten machen die Dringlichkeit für eine nachhaltige Lösung des Verkehrsproblems mit dem Bundesland Tirol mehr als deutlich. Dabei muss auch darüber nachgedacht werden, wie wir kurzfristig eine Milderung herbeiführen können.

Es ist überaus verständlich, dass der Unmut in der Bevölkerung wächst, wie auch bei den LKW-Fahrerinnen und -Fahrern und den Unternehmen der Logistikbranche. Es kann nicht sein, dass Tirol seine Verkehrsprobleme durch eine stetig steigende Anzahl der jährlichen Dosiertage auf seine Nachbarn abwälzt.

Mit dem derzeitigen Umfang der Blockabfertigung verstößt Tirol eindeutig gegen europäisches Recht. Allenfalls in schweren und außergewöhnlichen Notfallsituationen wäre eine Dosierung zulässig, um einen Verkehrskollaps zu vermeiden. Eine solche Situation liegt nicht vor.

Die CSU-Landtagsfraktion unterstützt nachdrücklich die Forderung von Verkehrsstaatsministerin Kerstin Schreyer an die EU-Kommission, eine Klage beim Europäischen Gerichtshof einzureichen, falls sich Tirol weiter einer konstruktiven Lösung verweigert.

Eine Problemlösung kann und muss im Sinne einer kurzfristigen Milderung schrittweise erfolgen. Am Ende muss ein Ergebnis stehen, das nicht gegen EU-Recht verstößt.

Tirol seinerseits muss neue Angebote auf den Tisch legen! Die Gesprächsbereitschaft seitens des Freistaats ist groß.

Wir wollen kurzfristig durch folgende Maßnahmen besser, schneller und zukunftssicher vorankommen:

- Zwischen allen Beteiligten muss eine gemeinsame Strategie abgestimmt werden, die mit schnellen Erleichterungen die Region wie auch die Transportunternehmen entlastet. So dient es beiderseitigem Interesse, das Nachtfahrverbot graduell zu lockern, um die Spitze an Lkws am Morgen zu verringern. Auch das Fahrverbot an Samstagen zwischen Januar und Mitte März führt zu unnötiger Verdichtung der Verkehre zu Wochenbeginn und sollte zumindest für Lkws der sauberen Schadstoffklassen aufgehoben werden.
- Eine bessere Planbarkeit ist zudem das Mindestmaß eines nachbarschaftlichen Miteinanders. Es muss unverzüglich eine Reduzierung der Dosiertage geben! Insbesondere sind unangekündigte oder kurzfristige Dosiertage strikt auf schwerste und außergewöhnliche Notfallsituationen zu beschränken. Ziel ist, die Blockabfertigung so rasch wie möglich völlig abzubauen.

- Auch das sektorale Fahrverbot, wodurch bestimmte Güter nicht per Lkw durch Tirol befördert werden dürfen, muss in zwischenstaatlicher Abstimmung abgebaut und schließlich aufgehoben werden.
- Eine substantielle Erleichterung der Situation kann langfristig nur eine Verlagerung der Verkehre und somit eine Stärkung der Schiene auf der Brenneroute bringen. Hier muss die deutsche Bundespolitik aktiver werden und sich klar positionieren. So bedarf die Ausrüstung der Strecke München-Rosenheim-Kufstein mit modernster Funktechnik (European Train Control System Level 2-Signalsystem) einer klaren Finanzierungszusage seitens des Bundesverkehrsministers. Dieser muss auch einen Lärmschutz über die gesetzlichen Vorgaben hinaus zusichern, um eine anwohnerfreundliche Kapazitätserhöhung der Bestandsschienenstrecke über den Brenner erreichen zu können.

Es gilt den freien Personen- und Warenverkehr als eine der wesentlichen Freiheiten der EU zu wahren und wiederherzustellen. Für Waren, die sich innerhalb der EU bewegen, gelten keine Grenzkontrollen, Zölle oder Kontingentierung. Dieses Prinzip ist in seiner politischen wie wirtschaftlichen Tragweite kaum zu unterschätzen und berührt die Grundpfeiler unserer Staatengemeinschaft. Nach Untersuchungen der EU lassen sich die Vorteile, die sich aus dem Grundsatz des freien Warenverkehrs und den damit zusammenhängenden Rechtsvorschriften ergeben, auf 386 Mrd. EUR jährlich beziffern.

Bayern und Tirol sind traditionell beste Nachbarn. Wir wollen auf dieser historischen Partnerschaft aufbauen und nichts unversucht lassen, eine gemeinsame Lösung auf dem Verhandlungsweg zu erreichen. Sollte dies nicht möglich sein, sehen wir eine Klage vor dem Europäischen Gerichtshof als unausweichlich an.